

Anonym nur am Telefon

HOCHTAUNUSKREIS Corona-Regeln gelten auch für Angebote an Opfer häuslicher Gewalt.

In den Zahlen schlägt sich die nahe liegende Vermutung bisher nicht nieder. Weder bei der Beratungsstelle und dem Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt (Awo) Hessen-Süd in Bad Homburg noch beim Verein Frauen helfen Frauen, der im übrigen Hochtaunuskreis berät und das Frauenhaus in Oberursel betreibt, haben in den vergangenen Monaten mehr Frauen Hilfe erbeten. „Wir hatten Sorgen wegen des Lockdowns“, sagt die Friedrichsdorfer Frauenbeauftragte Britta Hebllich, die sich regelmäßig mit Kolleginnen aus ganz Hessen austauscht. Wenn Kinder nicht in die Schule gingen und Eltern zu Hause arbeiten müssten, sei das ein Klima, in dem Gewalt wachsen könne.

Aus Sicht von Andrea Pilger, Vorsitzende von Frauen helfen Frauen, ist es für ein Urteil noch zu früh: „Lassen Sie uns ein bis zwei Monate abwarten.“ Manche Frauen meldeten sich womöglich später. Denn viele würden von ihrem Partner kontrolliert. Für sie sei es schwierig, von zu Hause aus Kontakt aufzunehmen. Ihre Vermutung, es könne eine hohe Dunkelziffer geben, stützt eine im Juni veröffentlichte repräsentative Befragung der Technischen Universität München. Danach sind drei Prozent der Frauen während der Kontaktbeschränkungen zu Hause geschlagen worden, 3,5 Prozent wurden vergewaltigt.

Der Verein Frauen helfen Frauen bietet eine Beratung in Oberursel und eine Sprechstunde im Usinger Rathaus an. Vom 22. September an ist Mitarbeiterin Claudia Rinn außerdem dienstags von 9 bis 13 Uhr im Rathaus Friedrichsdorf anzutreffen. Bürgermeister Horst Burghardt (Die Grünen) ist über die Expertise des Vereins froh. Er erinnert sich, wie eine Frau, die geschlagen wurde, sich einmal direkt an ihn gewandt hatte. „Das kam völlig unvermittelt und ging mir nahe.“ Bedauerlich sei nur, dass das neue Angebot wegen der Corona-Pandemie nicht so niedrigschwellig sein könne wie beabsichtigt. Normalerweise können sich die Hilfesuchenden auch anonym beraten lassen. „Jetzt muss ich aber die Adresse festhalten, damit notfalls der Corona-Ansteckungsweg festgestellt werden kann“, sagt Rinn. Eine anonyme Beratung gebe es nur telefonisch.

Auch in der Awo-Beratungsstelle „Lotte“ in Bad Homburg ist die offene Sprechstunde nur eingeschränkt möglich, berichtet Sozialarbeiterin Friederike Schneider. Voriges Jahr kamen 29 Frauen und zwei Mädchen in die Bad Homburger Beratungsstelle. Beim Verein Frauen helfen Frauen, dessen Angebot sich an den ganzen Kreis richtet, waren es mit 307 deutlich mehr. Außerdem ist nur er als sogenannte Interventions-

stelle anerkannt. Das heißt, die Mitarbeiterinnen dürfen von sich aus zu Gewaltopfern Kontakt aufnehmen, wenn er von der Polizei vermittelt wird und die Frauen einverstanden sind.

Die Entwicklung der beiden Frauenhäuser ist am Mittwoch Thema im Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration des Kreistags. Die FDP hatte dazu einen umfangreichen Fragenkatalog eingereicht. In ihrem Bericht kommt Sozialdezernentin Katrin Hechler (SPD) zwar zu dem Schluss, dass die Kapazitäten in Bad Homburg mit 16 und in Oberursel mit 21 Plätzen ausreichen, selbst unter den Corona-Abstandsregeln. Allerdings flüchten die meisten Frauen vor ihrem gewalttätigen Partner in ein Frauenhaus an einem anderen Ort. So stammten voriges Jahr 85 Prozent der Frauen, die in Bad Homburg unterkamen, aus dem übrigen Hessen oder aus anderen Bundesländern. Auch in Oberursel kamen nur wenige aus der Stadt selbst.

Die telefonischen Anfragen geben nur bedingt Aufschluss über den Bedarf. Denn auf der Internetseite www.frauenhaeuser-hessen.de werden mit den drei Ampelfarben die landesweit 31 Frauenhäuser danach gekennzeichnet, ob sie freie Plätze für Frauen und Kinder haben (grün), nur Frauen aufnehmen können (gelb) oder belegt sind. Wobei am Montag alle Häuser rot gekennzeichnet waren. Frauen wichen teils nach Nordrhein-Westfalen aus, sagt Beraterin Rinn. Die Vereinsvorsitzende Pilger kommt zu dem Schluss: „Wir haben zu wenige Frauenhäuser.“ Dem Verein selbst fehlten zudem Mitarbeiter. Auch Sozialdezernentin Hechler hält den Ausbau des bundesweiten Angebots für erforderlich. Denn der Hochtaunuskreis sei mit zwei Frauenhäusern zusammen mit dem Main-Kinzig-Kreis und dem Kreis Gießen eine Ausnahme unter den hessischen Kreisen.

Voriges Jahr zogen zwar die meisten Frauen mit ihren Kindern nach einer Woche Aufenthalt wieder aus den beiden Frauenhäusern aus. Immerhin zwölf Frauen mit 17 Kindern lebten dort jedoch länger als ein Jahr. „Der größte Hemmschuh für eine Trennung vom gewalttätigen Partner ist, dass die Familie dann zwei Wohnungen braucht“, sagt Rinn. Ein größeres Angebot an Sozialwohnungen halten die Expertinnen daher für wichtig, um die Frauenhäuser zu entlasten. Die Friedrichsdorfer Frauenbeauftragte Hebllich könnte sich dazu Übergangswohnungen wie in der Jugendhilfe vorstellen. Vielleicht ließen sich Wohnungen oder kleine Appartements den Frauenhäusern zuordnen, sagt Sozialdezernentin Hechler. Sie sieht den Kreis dabei eher als Vermittler. „Ich habe dazu Ideen, aber die sind noch nicht spruchreif.“